

Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung
Nordrhein-Westfalen von 1980 bis 1985

(Neunte Legislaturperiode)

Herausgegeben von Frank M. Bischoff und Martina Wiech

Bearbeitet von Myriam Wehler

Einführung von Ulrich Heinemann

Duisburg 2025

Landesarchiv Nordrhein-Westfalen

Ulrich Heinemann: „Regierungshandeln in der „Zeitenwende“.

Die 9. Wahlperiode in Nordrhein-Westfalen und das 2. Kabinett Johannes Rau von 1980 bis 1985

„Zeitenwende“ ist zwar ein aktueller, aber kein neuer Begriff. Unser in der Regel kurzes historisches Gedächtnis lässt das nur so erscheinen. „Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann“, so hat beispielsweise der Historiker Frank Bösch sein im Frühjahr 2019 erschienen Buch betitelt¹; natürlich ohne zu wissen, dass schon kurze Zeit später mit der Corona-Pandemie und dem russischen Überfall auf die Ukraine eine neue, unsere „Zeitenwende“ eingeläutet wurde. Bösch hatte mit seinem Buch den Anfang jener Jahre umrissen, die auch Gegenstand der Kabinettsprotokolle sind, die als Publikation des Landesarchivs nunmehr der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Diese Protokolle spiegeln die Arbeit des 2. Kabinetts von Ministerpräsident Johannes Rau in der Zeit der 9. Wahlperiode. Es geht um das Regierungshandeln in den Jahren 1980 bis 1985, das im Mittelpunkt dieses Beitrags steht. Er [Bösch] versucht zu zeigen, wie sehr unsere nordrhein-westfälische Landesgeschichte damals nicht nur mit der nationalen, sondern auch mit der globalen Geschichte verwoben war.

Was das globale Geschehen betrifft, wird deutlich, dass 1979 der weltweite Nachkriegsboom endgültig an sein Ende gekommen war. Ein neuerlicher Ölpreisschock, begünstigt durch die Islamische Revolution in Iran, stürzte die Weltwirtschaft in eine tiefe und langanhaltende Krise. Verbunden mit weltwirtschaftlichen Produktionsverlagerungen, Rationalisierungsschüben und dem Siegeszug der Dienstleistungen, bescherte diese Krise dem Westen Europas Deindustrialisierung und langfristig den Niedergang von Kohle und Stahl.

Der Neoliberalismus, stark propagiert durch das neue anglo-amerikanische Führungsduo Thatcher/Reagan, schickte sich zu Beginn der 1980er Jahre an, zur dominanten westlichen Wirtschaftsdoktrin mindestens für die nächsten drei Jahrzehnte zu werden. Zeitgleich entwickelte sich u. a. infolge des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan und des Nato-Doppelbeschlusses eine neue Eiszeit zwischen Ost und West. Schließlich erhielt das Vertrauen in die Atomkraft als sauberer und sicherer Zukunftsenergie auch außerhalb der anwachsenden grünen Bewegung einen ersten empfindlichen Dämpfer, und zwar durch den weltweit diskutierten nordamerikanischen Störfall von Harrisburg [USA] im März 1979.

Die Rückkehr des Kalten Krieges nach 1979 ließ den sozialdemokratischen Kanzler Helmut Schmidt zwar keineswegs bedingungslos, aber doch in der Tendenz zu einem außenpolitischen Falken werden. Weite Teile der eigenen Partei verweigerten ihm gemeinsam mit der mächtig anschwellenden außerparlamentarischen Friedensbewegung die Gefolgschaft.² Der aufkommende Neoliberalismus trug seinen Teil zum Scheitern der sozialliberalen Bundesregierung im Herbst 1982 bei. Die Reformeuphorie der 1970er wurde durch die Reformskepsis der 1980er Jahre abgelöst, wobei die kulturelle Modernisierung unaufhaltsam weiter voranschritt – nicht wesentlich gestört durch die von der neuen Bundesregierung unter Führung von Helmut Kohl propagierte „geistig-moralische Wende“.

¹ Zum Folgenden vgl.: Bösch, F.: „Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann“, München 2019. Dass das Jahr 1979 auch das Jahr der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament war, sei in diesem Zusammenhang nur am Rande erwähnt.

² Vgl.: Faulenbach, B.: „Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur Neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969 – 1982“, Bonn 2011, S. 493ff.

Dazu machte das sog. Waldsterben zu Beginn der 1980er Jahre in den Augen vor allem der jüngeren Bevölkerung die Belastungen der Umwelt durch die karbongetriebene Industrie schlagend sichtbar und stärkte im Zusammenhang mit dem erwähnten atomaren Störfall in Harrisburg die aufkommende grüne Partei. Die Schallwellen der globalen Multi-Krise erreichten Nordrhein-Westfalen im folgenden Jahr fünft mit aller Macht. Sein montanindustrieller Kern, das Ruhrgebiet, wurde von der tiefgreifenden Veränderungskrise der Weltwirtschaft mit besonderer Wucht getroffen.³ Zu allem Überfluss räumte die konjunkturell und strukturell bedingte Massenarbeitslosigkeit an Rhein und Ruhr die in der Reformzeit schon stark beanspruchten Staatskassen endgültig leer und zeigte dem Keynesianismus als bis dahin unhinterfragte sozialdemokratische Wirtschaftsdoktrin seine Grenzen auf.⁴ Riesige Arbeitsplatzverluste, vor allem bei Kohle und Stahl einerseits, und erschreckende Verschuldungsraten auf der anderen Seite, mögen die Zwangslage verdeutlichen, in der sich das nordrhein-westfälische Regierungshandeln in der ersten Hälfte der 1980er Jahre befand. In dem Jahrzehnt zwischen 1975 und 1985 gingen dem Land rund 500.000 Industriearbeitsplätze verloren – die meisten davon im Ruhrgebiet.⁵ In dieser Zeit wurde NRW im Länderfinanzausgleich auch von einem Geber- zu einem Nehmerland.

Das war im groben Überblick die politische und wirtschaftliche Großwetterlage, die das Regierungshandeln im 2. Kabinett Rau rahmte. Als landespolitische Besonderheit kam hinzu, dass die SPD unter ihrem seit 1978 im Amt befindlichen und darum noch neuen Ministerpräsidenten Johannes Rau zum ersten Mal mit einer absoluten Mehrheit regieren konnte. Das hatte damit zu tun, dass der bisherige Koalitionspartner, die FDP, denkbar knapp um 1700 Stimmen, an der 5-Prozent-Hürde scheiterte.⁶

Auch die CDU als Oppositionspartei traf es hart: Sie hatte wenige Wochen vor der Wahl am 11. Mai 1980 durch den tragischen Tod von Heinrich Köppler ihren durchaus volkstümlichen rheinischen Spitzenkandidaten verloren.⁷ Das war ein Verlust, den der eher spröde Westfale Kurt Biedenkopf als neuer Bewerber um das Amt des Ministerpräsidenten nicht hatte ausgleichen können. Und auch die Tatsache, dass der Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl 1980 Franz-Josef Strauß hieß, hat die Wahlchancen der NRW-CDU nicht gerade erhöht.⁸

Der politischen und ökonomischen Großwetterlage entsprechend, kam in der Regierungserklärung des neuen und alten Ministerpräsidenten Johannes Rau von Anfang Juni 1980 der Ernst der Lage viel stärker zum Ausdruck als der Triumph über die erstmals errungene absolute Mehrheit⁹: „Vollbeschäftigung und menschliche Arbeitsplätze“ als Ausdruck einer „solidarischen Gesellschaft“, wie Rau formulierte, zugleich aber Begrenzung der Nettokreditaufnahme auf das wirtschaftlich Notwendige und „geordnete Finanzen“ stünden, so der Ministerpräsident, im Mittelpunkt des Regierungshandelns in den nächsten fünf Jahren.

³ Vgl.: Goch, S.: „Eine Region im Kampf mit dem Strukturwandel. Bewältigung von Strukturwandel und Strukturpolitik im Ruhrgebiet“, Essen 2002, S. 197ff.

⁴ Hitze, G.: „Verlorene Jahre? Die nordrhein-westfälische CDU in der Opposition 1975 – 1995“, Teil I – III, Düsseldorf 2010, hier Teil 1, S. 648.

⁵ Vgl.: Briesen, D.: „Vom Durchbruch der Wohlstandsgesellschaft und vom Ende des Wachstums 1955 – 1995“, in: Briesen, D., Brunn, G., Elkar, R. S., Reulecke, J. (Hrsg.): Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte Rheinlands und Westfalen, Köln, Stuttgart, Berlin 1995, S. 245.

⁶ Vgl. Alemann, U. v.: „Parteien und Wahlen in Nordrhein-Westfalen“, Köln 1985, S. 246f.

⁷ Vgl. Hitze: Verlorene Jahre?, Teil I, S. 198.

⁸ Vgl. Rau, J.: „Strauß wegwählen! NRW-SPD geht geschlossen in den Wahlkampf“, in: Sozialdemokratischer Pressedienst 24 (1980), S. 1-2a.

⁹ Vgl. zum Folgenden: Vgl. Regierungserklärung von Ministerpräsident Johannes Rau vom 4.6. 1980, in: Landtag NRW, 9. Wahlperiode, 2. Sitzung, Plenarprotokoll 9/2, S. 18-29.

Schon bald zeigte sich freilich, dass beides, die finanzpolitische Solidität einerseits und andererseits das humane und soziale Abfedern der riesigen Transformationskosten, gleichzeitig nicht zu erreichen war. Die Landesregierung bemühte sich deutlich stärker um Letzteres und hatte damit durchaus Erfolg. Jedenfalls betont dies der bekannte Sozialhistoriker Lutz Raphael, der die Entwicklung im Ruhrgebiet mit der Lage in den altindustriellen britischen Regionen vergleicht. Raphael kommt zu dem Schluss, dass „prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse dort in einem Maße zur Lebenswirklichkeit vieler Mitglieder der working classes geworden sind, wie es in Deutschland und speziell im Ruhrgebiet nie der Fall war“.¹⁰ Der Preis für diesen Politikansatz, die Kosten der Transformation möglichst eben nicht auf den Schultern der unteren Klassen abzuladen, war allerdings hoch. Zwischen Ende 1979 und Ende 1984 stieg die Verschuldung des Landes um weit mehr als das Doppelte – von 30,8 Mrd. DM auf 76,8 Mrd. DM.¹¹ Darin waren freilich auch Mittel für Innovationen enthalten, die sich zunächst jedoch vor allem auf die Modernisierung der alten Industrien richteten. Das sogenannte „Aktionsprogramm Ruhr“ diente diesem Zweck und war mit immerhin 6,9 Mrd. DM ausgestattet.¹² Ab 1984 wurde dieses Programm durch die „Landesinitiative Zukunftstechnologien“ abgelöst, die insbesondere jetzt auch Investitionen in neue Branchen sowie in die Förderung klein- und mittelständischer Gewerbe vorsah.¹³ Drei neue Fraunhofer-Institute für angewandte Wissenschaften Anfang der 1980er Jahre sollten gerade solche innovativen Entwicklungen durch eine Verbreiterung der landeseigenen Forschungsinfrastruktur unterstützen.¹⁴

All das spiegelte zum Ende der in Rede stehenden Legislaturperiode die Erkenntnis der Rau-Regierung wider, dass NRW in Zukunft nicht mehr ein Land *von* Kohle und Stahl, sondern höchstens ein Land *mit* Kohle und Stahl sein würde. Allerdings hatte der Ministerpräsident den Steinkohlesektor längst nicht abgeschrieben. Im Gegenteil: Mit Blick auf die schwelende Nahostkrise sah Rau im Sommer 1980 „das Ende des Ölzeitalters“ näher rücken, was für ihn neue Chancen für die Steinkohle eröffnete. „Wir sitzen nicht nur auf der Kohle, wir setzen auf die Kohle“¹⁵, so schloss der Ministerpräsident sein Plädoyer für diesen Energieträger, den er mit Blick auf den sogenannten Jahrhundertvertrag zwischen dem Steinkohlebergbau und der Energiewirtschaft abgesichert sehen wollte – mit staatlichen Garantien und bis mindestens Mitte der 1990er Jahre oder gar bis zum Ende des Jahrhunderts.¹⁶ Dass die Stahlindustrie als einer der Hauptabnehmer der Steinkohle schon sehr bald in existenzgefährdende Krisen geriet, gefährdete diesen Vertrag allerdings existenziell.¹⁷

¹⁰ Vgl.: Raphael, L.: „Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom“, Berlin 2019, S. 468f.

¹¹ Vgl. Jelich, F.-J.: „Strukturkonservatismus und Innovation: Neue Handlungsansätze der Strukturpolitik in den 1980er und 1990er Jahren“, in: Goch, S. (Hrsg.): Strukturwandel und Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen, Münster 2004, S. 200-216, hier S. 203.

¹² Vgl. Regierungserklärung von Ministerpräsident Johannes Rau v. 4.6.1980, S. 21.

¹³ Vgl. Jelich: Strukturkonservatismus und Innovation, S. 204.

¹⁴ Es handelte sich um das Fraunhofer Institut für Materialfluss und Logistik in Dortmund (1981), das Fraunhofer Institut für Mikroelektronische Schaltungen in Duisburg und – gewissermaßen als Kompensation außerhalb des Ruhrgebiets – das Fraunhofer Institut für Lasertechnik in Aachen. Der Kompensationsgedanke spielte im Übrigen keine unwichtige Rolle im Politikstil von Johannes Rau. Zu seinem Engagement für diese Gründungen vgl. den Brief des Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft, Heinz Keller an Johannes Rau v. 2.9.1981, teilweise abgedruckt in: Rasch, M.: „Von Kohle und Stahl zur Hochttechnologie – Das Fraunhofer Institut für Mikro- und Messelektronik in Duisburg“, in: Staatliche Archive NRW, Nordrhein-Westfalen, S. 577-580, hier S. 579.

¹⁵ Vgl. Regierungserklärung von Ministerpräsident Johannes Rau v. 4.6.1980, S. 22f.

¹⁶ Wie Johannes Rau im September 1982, wenige Tage vor dem Bruch der sozial-liberalen Koalition in Bonn an Bundeskanzler Helmut Schmidt schrieb, käme es darauf an, „die heimischen Kohlelagerstätten optimal zu nutzen, [sodass] der deutsche Steinkohlenbergbau auch für den Rest des Jahrhunderts seinen Versorgungsbeitrag hält“. Vgl. das Fernschreiben Johannes Raus an Helmut Schmidt v. 21.9.1982, zitiert nach Düding, D.: „Volkspartei im Landtag. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen als Regierungsfraktion 1966 – 1990“, Bonn 1998, S. 171 (Anm. 706).

¹⁷ Vgl. Kanther, M.A.: „In der Dauerkrise – Die Stahlindustrie“, in: Staatliche Archive NRW (Hrsg.):

Insbesondere die Krise bei Eisen und Stahl machten in den Folgejahren die staatliche Alimentierung des Vertrages auf Kosten der Steuerzahler immer aufwendiger und wirkte sich maßgeblich auf Verschuldungsrate des Landes aus. Trotzdem: Raus zur Steinkohle geäußerte Ansicht war damals in Nordrhein-Westfalen nicht nur seine, sondern die herrschende Meinung. Mit Ausnahme der aufkommenden grünen Bewegung, eingeschlossen Teile der akademischen SPD-Mitglied- und Anhängerschaft, wurde die sog. Kohle-Vorrang-Politik allgemein auch in den Medien und nicht zuletzt von der Opposition geteilt.

Deren energiepolitischer Widerspruch bezog sich indessen auf die Kernenergie, deren energische Befürworterin sie weiterhin blieb. Zwei damals bundesweit innovative Reaktorprojekte standen zu Beginn der 1980-Jahre in Nordrhein-Westfalen vor ihrem Abschluss: Der Hochtemperaturreaktor im westfälischen Hamm und der sogenannte Schnelle Brüter in Kalkar am Niederrhein. Beide Anlagen wurden unter dem scharfen Protest der Oppositionsparteien von der Landesregierung im Laufe der nächsten Jahre gar nicht erst in Betrieb genommen bzw. nach kurzer Laufzeit aufgegeben.¹⁸ Darüber hinaus wurde das bereits 1971 in Ostwestfalen an den Start gegangene Kernkraftwerk Würgassen im August 1994 abgeschaltet.

Die Tatsache, dass das Energieland Nordrhein-Westfalen weit früher als andere Bundesländer ohne Kernkraft dastand, hatte sicher mit dem gesellschaftlich gewachsenen Bewusstsein für die Risiken dieser Energieform zu tun. Ausschlaggebender war allerdings, die in der besagten Wahlperiode und lange darüber hinaus mächtige nordrhein-westfälischen Kohlelobby von der Schwerindustrie und den Energiekonzernen über die Gewerkschaften bis zu den Ruhrgebietskommunen. Sie behandelte die Kernkraft ganz offen als unliebsame Energie-Konkurrenz zur Kohle, der sie im Verein mit der sozialdemokratischen Alleinregierung an Rhein, Ruhr und Lippe letzten Endes erfolgreich das Wasser abgrub.¹⁹ Kohle – zunächst die Stein-, später dann die Braunkohle – hatte Vorrang in NRW, daran ließ man in Düsseldorf keinen Zweifel; allerdings waren der Rau-Regierung die umweltschädlichen Folgen dieses Energieträgers wie auch der Stahl- und Eisenindustrie keineswegs gleichgültig. So enthielt bereits das erwähnte „Aktionsprogramm Ruhr“ zu nennenswerten Anteilen auch Umweltschutzmaßnahmen etwa zur Luftreinhaltung und zur Sanierung umweltbelastender Anlagen.²⁰

Das Umweltthema blieb akut im ersten Jahrfünft der 1980er Jahre, weit über die Kritik an der Kernkraft hinaus. Beispielhaft dafür steht in den Jahren 1982/83 der gesellschaftsweite Disput um das bereits erwähnte Waldsterben.²¹ Johannes Rau verlor über diesem Streit seinen Umweltminister Hans Otto Bäumer, der demissionierte, gewann aber mit dem Schleswig-Holsteiner Klaus Matthiesen ein Schwergewicht im Kabinett hinzu, das sich weit über die Legislaturperiode hinaus umwelt- und landespolitisch einen Namen machen sollte. Das vom Kabinett am 9. November 1983 verabschiedete Umweltprogramm integrierte darüber hinaus Umweltschutzmaßnahmen zu allen relevanten Bereichen – von der Luftverschmutzung und den Landschafts- und Artenschutz über die Abfallentsorgung bis zum Gewässer- und Nahrungsmittelschutz. Diese Vernetzung gab es damals erstmalig und sie war damit einmalig in der Bundesrepublik.²² In der Summe waren mithin Rau und seine Regie-

Nordrhein-Westfalen. Ein Land in seiner Geschichte, Münster 1996, S. 566-569, hier S. 566.

¹⁸ Vgl. dazu Heinemann, U.: „Johannes Rau. Der Besondere. Eine politische Biografie“, Münster 2024, S.175-177.

¹⁹ Vgl. den Vermerk des Referats II A 5 an den Ministerpräsidenten, in: Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland, Staatskanzlei, NW 747, Nr. 81. Das Referat empfahl in diesem Zusammenhang ganz im Sinne der Kohlelobby, dass in der öffentlichen Diskussion deutlich gemacht werden müsse: „Wer für den Ausbau der Kernenergie eintritt, gefährdet die Kohle und damit Tausende von Arbeitsplätzen“.

²⁰ Vgl. Briesen: „Vom Durchbruch der Wohlstandsgesellschaft“, S. 253.

²¹ Zu den Diskussionen und Konflikten im Rau-Kabinett vgl. Heinemann: „Johannes Rau“, S. 177ff.

²² Vgl. Düding: Volkspartei im Landtag, S. 220.

rungsmannschaft schon in der besagten Legislaturperiode umweltpolitisch weit sensibler und fortschrittlicher, als man es ihnen wegen ihrer Kohle-Vorrang-Politik zutraute und auch im Nachhinein nachsagte.

Progressiv, jedenfalls wenn man es in der auf Jürgen Habermas zurückgehenden Kategorie der Fundamentalliberalisierung²³ betrachtet, war auch die Innen- und Sicherheitspolitik des Landes in der von uns betrachteten Legislaturperiode. Mit Herbert Schnoor, dem vormaligen Chef der Düsseldorfer Staatskanzlei, war 1980 zum zweiten Mal nach der Zeit zwischen 1956 und 1958 ein Sozialdemokrat Landesinnenminister geworden. Der aus Ostfriesland stammende Jurist stand dann für eine lange Ära liberaler Innen-, Polizei- und Sicherheitspolitik in NRW, die das eine um das andere Mal den heftigsten Widerstand der an Law-and-Order festhaltenden CDU hervorrief und nicht unwesentlich dazu beitrug, dass sich deren ganze Oppositionspolitik zunehmend in Obstruktionspolitik wandelte.²⁴

Einen gewichtigen Anteil an der Verhärtung des politischen Landesklimas besaß darüber hinaus die Schulpolitik der Rau-Regierung.²⁵ Der insgesamt mäßige, aber stetige Ausbau der Gesamtschulen als Schulen des längeren gemeinsamen Lernens brachte die heftig auf der Dreigliedrigkeit des Schulsystems und den Vorrang des Gymnasiums beharrenden CDU regelmäßig auf die Barrikaden; und dass, obwohl der Ministerpräsident persönlich wiederholt versicherte, die Gesamtschule allein als Angebotsschule und nicht als Regelschule auslegen zu wollen. Das schulpolitische Klima dieser Zeit wurde zusätzlich dadurch angeheizt, dass die Landesregierung aus Finanz- und Verschuldungsnot kaum noch neue Lehrkräfte einstellte und damit eine Heerschar junger Lehramtsanwärter sowie die Standesvertretungen der Lehrerschaft nachhaltig enttäuschte.

Frustriert zeigte sich die Opposition im Landtag auch darüber, wie verhalten die Mehrheitspartei auf den rasanten Fortschritt der Technik im Medienbereich und die damit zusammenhängenden Möglichkeiten für den privaten Rundfunk reagierte. Der Ministerpräsident selbst hätte, wie er in seiner Regierungserklärung vom Juni 1980 ausführte, gern an der „bewährten Struktur von privatwirtschaftlich organisierter Presse und öffentlich-rechtlichem Rundfunk“ festgehalten.²⁶ In diesem Sinne wurde ein Kabelpilotprojekt mit etwa 1000 Haushalten in der Stadt Dortmund von der Landesregierung zunächst auf die lange Bank geschoben.²⁷ Im Laufe der Legislaturperiode entwickelten sich die Verhältnisse im Medienbereich aber so rasant, wurde der Druck durch andere Bundesländer und den Bund so stark, dass sich Rau persönlich für eine vorsichtige Öffnung hin zu kommerziellen Anbietern aussprach – hier im Übrigen gegen starke Widerstände aus der eigenen Partei. Es habe keinen Zweck „heilen medienpolitischen Welten der Vergangenheit nachzutruern, während andere die Weichen für die Zukunft“ stellten, ließ sich der Ministerpräsident im November 1984 vernehmen: Es sei „verhängnisvoll“ so Rau, wenn wir die Zulassung und Organisation privaten Rundfunks ausschließlich der Union überließen.²⁸

²³ Der Philosoph Jürgen Habermas benutzte diesen Begriff in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau am 11. März 1988.

²⁴ Die Serie der Oppositions-Attacken auf Schnoor begann mit den sog. Krefelder Krawallen Ende Juni 1983 aus Anlass des Besuchs von US-Vizepräsident Georg Bush in Nordrhein-Westfalen als die Polizei den Wagen des ausländischen Gastes vor studentischen Protestierern nicht gänzlich zu schützen vermochte. Schnoor nannte diesen Zwischenfall später den „gefährlichsten Moment“ seiner Amtszeit. Vgl. Hitzte: „Verlorene Jahre?“, Teil I, S. 570 (Anm. 149).

²⁵ Vgl. dazu insgesamt Heinemann, U.: „Graduelle Politik, manifeste Interessen und die Rhetorik des Grundsätzlichen. Schulwesen und Schulpolitik in der Ära Rau“, in: Geschichte im Westen, Jg. 34, 2019, S. 111-134, hier S. 117ff.

²⁶ Vgl. Regierungserklärung von Ministerpräsident Johannes Rau v. 4.6.1980, S. 29.

²⁷ Vgl. Brautmeier, J.: „Medienpolitik in Nordrhein-Westfalen in der Ära Rau. Ein Forschungsimpuls“, in: Geschichte im Westen, 34/2019, S. 95-110, hier S. 100.

²⁸ Johannes Rau an Hans Schwier v. 4.11.1984, in: Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland, Staatskanzlei, NW 695, Nr.127. Rau schrieb Schwier in diesem Brief auch ins Stammbuch: „Ich meine, wir sollten auch die kulturpessimistischen Töne in manchen unserer Stellungnahmen zum

Die Union fand im Laufe der Legislaturperiode also Futter genug zu Aufregung und Skandalisierung, zumal die Regierung dafür immer wieder Gelegenheiten bot. Der in frühere Wahlperioden zurückreichende Bauskandal um das Aachener Klinikum, der einen bis kurz vor der Wahl 1985 arbeitenden Untersuchungsausschuss nach sich zog, war nur einer dieser Anlässe.²⁹ Andere fanden sich im ebenfalls skandalträchtigen Ausscheiden von Schulminister Jürgen Girgensohn im Jahre 1983 sowie von Justizminister Dieter Haak im Januar 1985. Haak hatte die aus Altersgründen ausscheidende Inge Donnepp erst kurz zuvor beerbt.

Donnepps und Girgensohns Demissionen waren verbunden mit einem eigentlich unzeitigen Kabinettsrevirement im Herbst 1983, zu dem sich der Ministerpräsident gezwungen sah, das aber sowohl für die Fraktion als auch für die Presse enttäuschend ausfiel³⁰: Sähe man von Klaus Matthiesen ab, kommentierte die Neue Westfälische damals, dann ähnele die Neubesetzung eher „nahrhafter Hausmannskost statt Hummerschwänzen und Wachteleiern“³¹. Und dennoch: Trotz der tiefgreifenden Strukturkrise, die zum Beispiel die Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet zwischen September 1980 und Februar 1984 von 4,4 auf 14,7 % anschwellen ließ³²; trotz der geschilderten Konflikte und Skandale, welche die Landesregierung mehr als einmal schlecht aussehen ließen; trotz einer mehr als scharfen Oppositionspolitik der CDU, die neben der grundsätzlichen Kritik an der Atom-, Innen-, Schul-, und Medienpolitik auch schwere Verschuldungs- und Verfälschungsvorwürfe erhob und am Ministerpräsidenten und seinem Politikstil kein gutes Haar ließ: Die Landtagswahlen im Mai 1985 mündeten in einen überwältigenden, in dieser Höhe einmaligen Wahlsieg der SPD, die sich mit sage und schreibe 52,1 % der Stimmen erneut die absolute Mehrheit im Landtag sicherte.³³

Dieser Erfolg kam jedenfalls in dieser Höhe selbst für die Gewinner überraschend. Und die Gründe für den Kanter Sieg sind sicher vielfältig und können hier nicht im Einzelnen erörtert werden. Herausstechend war gewiss ein unkonventioneller Wahlkampf, der von dem blutjungen Wahlkampf-Manager Bodo Hombach glücklich inspiriert und von einer breiten SPD-Mitgliedschaft aktiv mitgetragen wurde.³⁴ Mehr noch wirkte der Ministerpräsident als Spitzenkandidat, der über bestechende Fähigkeiten als Wahlkämpfer verfügte, in seinem Auftreten die schwierige Lage vor allem im Ruhrgebiet nicht leugnete, gleichzeitig aber als Anwalt der positiven Kräfte des Landes auftrat, dessen schon in früheren Zeiten bewiesene Resilienz bei Krisen hervorstach und als personifizierte Zuversicht das Selbstvertrauen der Bürgerinnen und Bürger, aber auch das Vertrauen in die regierende Mehrheitspartei erfolgreich stimulierte. Gewissermaßen als Missing Link wirkte dazu noch der zunächst mit einem Autoaufkleber verbundene Slogan „Wir in Nordrhein-Westfalen“. Johannes Rau selbst hatte – im Übrigen gegen Widerstände in seiner Staatskanzlei – für diesen Ansatz zur Identitätspolitik, wie wir es heute nennen würden, schon seit Beginn der 1980er Jahre geworben.³⁵ Gemeint war damit eine Identitätspolitik, die, anders als wir es heute kennen, nicht ausgrenzte, sondern bewusst integrierte. Rheinländer

Fernsehen und zu den neuen Medien überprüfen. Fernsehen besteht ja nicht nur aus Dallas und Denver, Krimis und Sport. Ich will auch mögliche Gefahren nicht verniedlichen, aber es ist auch hier Aufgabe der Politik, dem vorzubeugen.“

²⁹ Dieser Untersuchungsausschuss endete, weil die Ereignisse weit zurücklagen und die zugrundeliegenden Vorgänge zu komplex waren, nach der Einschätzung von Guido Hitzte als „Rohrkrepierer“ für die Opposition.

³⁰ Vgl. Hitzte: Verlorene Jahre?, Teil I, S. 646.

³¹ Vgl. dazu, Heinemann: Johannes Rau, S. 198-200.

³² Vgl. Neue Westfälische v. 8.10.1983.

³³ Vgl. Hitzte: Verlorene Jahre?, Teil I, S. 648.

³⁴ Die übrigen Parteien erhielten bei einer Wahlbeteiligung von 75,2 % die folgenden Stimmenanteile: CDU: 36,5 %, FDP: 6,0 %, Grüne: 4,6 %, Sonstige: 0,8 %. Vgl. Der Spiegel: Drehbuch für Bonn v. 20. Mai 1985.

³⁵ Vgl. dazu Kleffner, H.: „Wahlkampfstrategie“, in: Filmer, W., Schwan, H.: Johannes Rau, Düsseldorf, Wien, New York, 1986, S. 299-304.

und Westfalen, Kölner und Düsseldorfer, Schalker und Dortmunder einträchtig und gemeinsam, wo hatte es das jemals vorher gegeben?

Im Wahlkampf 1985 zahlte sich das aus. Der Autoaufkleber ging weg wie geschnitten Brot. Die Aktion verfiel an Rhein und Ruhr bei Jung und Alt. Wie der Historiker Christoph Cornelißen schreibt, diente dieses Narrativ der „Selbstvergewisserung einer vielfach desorientierten Gesellschaft, die aus den Leistungen der Vergangenheit Kraft für die Bewältigung der Zukunft gewinnen wollte“³⁶.

Dagegen stand die Opposition als scharfe Kritikerin von allem und jedem, was sich im Land entwickelte. Den Höhepunkt dessen markierte jener CDU-Wahlkampf-Spot, der ein junges Ehepaar zeigt, wie es seine sieben Sachen packt und in Ermangelung guter Zukunftsaussichten beinahe fluchtartig das Ruhrgebiet in Richtung Baden-Württemberg verlässt. Der Spot war ein Flop. Er brachte nicht, er kostete Stimmen, vor allem die Stimmen der noch Unentschlossenen, die sich dadurch nicht er-, sondern entmutigt fühlten.³⁷

Was lehrt uns für heute, diese Geschichte der hier nachgezeichneten Legislaturperiode und speziell der Landtagswahlen im Mai 1985? Erstens: 52,1 % für eine einzige Partei sind gegenwärtig und künftig wohl utopisch, selbst in bayerischen Kategorien gedacht. Zweitens aber: Tiefgreifende Krisenlagen müssen nicht unbedingt mit einem starken Vertrauensverlust in demokratische Politik einhergehen. Das ist kein Naturgesetz. Man muss seitens demokratischer Parteien auch nicht unbedingt dem „Affen des Schlehtredens Zucker geben“. Man muss vor allem nicht jeder populistischen Stimmung folgen, wenn man politischen Erfolg haben will. Man kann sich hier antizyklisch verhalten. Dazu braucht man allerdings den politischen Mut zum Positiven, den Zuversicht gebenden Blick für die Dinge, die in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft gut bis ordentlich laufen oder mindestens Hoffnung machen, sich in eine richtige Richtung zu bewegen.³⁸ Und es braucht demokratische Politikerinnen und Politiker, die diesen Mut zum Positiven und zur Zuversicht authentisch, glaubhaft und vor allem vertrauensbildend verkörpern. Dass solche Persönlichkeiten nicht auf Bäumen wachsen, ist klar, dass es sie aber gab und damit auch wieder geben könnte, das lehrt uns die Geschichte der 9. Wahlperiode und ihrer Regierung in unserem Land Nordrhein-Westfalen.

³⁶ „Ich habe seit der Landtagswahl im Mai 1980 immer wieder punktuelle Vorschläge zur Öffentlichkeitsarbeit gemacht, die das Landesbewusstsein stärken sollen“, schrieb Johannes Rau in einer für ihn außergewöhnlichen langen handschriftlichen Notiz am 19. Dezember 1982 an Rolf Krumsiek, seinen Chef der Staatskanzlei. Und merklich ungehalten fuhr der Ministerpräsident fort: „Längst nicht alle werden übernommen. Manches gefällt mir dann auch nicht so gut. Dennoch verstehe ich nicht, warum meine mehrfach gegebene Anregung nicht aufgenommen wird, mit einem Autoaufkleber für unser Land zu werben. Andere Länder machen alles Mögliche – wir tun uns da furchtbar schwer und ich hätte gern die Widerstände weggeräumt“. Vgl. Heinemann: Johannes Rau, S. 214.

³⁷ Vgl. Cornelißen, C.: „Der lange Weg zur historischen Identität. Geschichtspolitik in Nordrhein-Westfalen seit 1946“, in: Schlemmer, T. Woller, H. (Hrsg.): Bayern im Bund, Bd. 3, Politik und Kultur im föderativen Staat, München 2004, S.411-484, hier S. 437.

³⁸ Vgl. Hitze, G.: „Geburtsstunde einer politischen Identifikationskampagne – „Wir in Nordrhein-Westfalen“ und der Landtagswahlkampf 1985“, in: Geschichte im Westen 20 (2005), S. 89-123, S. 102.